



EU-Wissen-Aktuell

Europa-Büro des Landes Oberösterreich • Altstadt 30 • 4021 Linz • Tel. 0732/7720-14020
E-Mail: europabuero@ooe.gv.at • www.europabuero.at



Mit „EU-Wissen-Aktuell“ bieten wir kurz gefasste, leicht verständliche und sachliche Informationen zu einzelnen aktuellen EU-Themen an. Wir hoffen, dass diese Ausgabe Ihre Fragen zum Thema beantwortet. Für weitergehende Informationen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Europa-Büros des Landes Oberösterreich gerne zur Verfügung.

Landeshauptmann Dr.
Josef Pühringer

Wirtschafts- und
Europa-Landesrat
Viktor Sigl

Nr.21, Jänner 2010

EU-Ratspräsidentschaft Spanien

1. Jänner bis 30. Juni 2010

Am 1. Jänner 2010 hat Spanien den rotierenden Vorsitz im EU-Ministerrat übernommen. Diesmal zum ersten Mal in einem Trio mit Belgien und Ungarn.

Das Motto der spanischen Ratspräsidentschaft lautet **"Innovating Europe"**.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird sich der spanische Premierminister Jose Luis Rodriguez Zapatero das Rampenlicht mit dem neuen ständigen Präsidenten des Europäischen Rates Herman von Rompuy teilen müssen. Die beiden EU-"Chefs" kündigen dennoch eine enge Zusammenarbeit an, vor allem in Hinsicht darauf, wenn sie sich gegen die Staats- und Regierungschefs der größten EU-Länder behaupten wollen. Denn diese sehen ihre Position durch den Vertrag von Lissabon ebenfalls gestärkt. Bei ihren EU-Gipfeltreffen können künftig auch Beschlüsse gefasst werden.

Die spanische Präsidentschaft ist in den kommenden sechs Monaten für die Tagesordnung aller Sitzungen des Ministerrates verantwortlich und führt den Vorsitz bei den Sitzungen der Fachminister bis hin zu den jeden Mittwoch stattfindenden Sitzungen der EU-Botschafter der Mitgliedstaaten im "Ausschuss der ständigen Vertreter". Auch in den rund 140 Arbeitsgruppen die es im Rat gibt, übernehmen nun spanische Ministerial-Beamte und Beamtinnen den Vorsitz.

Neben der Zusammenarbeit und der Verhandlungsführung mit den anderen 26 Regierungen ist die Präsidentschaft Bindeglied zwischen dem Ministerrat und den anderen EU-Institutionen, allen voran dem Europäischen Parlament, das mit dem Rat gemeinsamer Gesetzgeber der EU ist. Ein ständiger Austausch von Standpunkten und Informationen zwischen den beiden Organen ist wichtig, um die Gesetzgebungsmaschinerie möglichst "rund" laufen zu lassen.

Spanien legt folgende Themen als Prioritäten für seine Ratspräsidentschaft fest:

Der Vertrag von Lissabon

Der kürzlich in Kraft getretene Lissabon-Vertrag stellt einen zentralen Schwerpunkt der Arbeit der spanischen Ratspräsidentschaft dar. Der Vertrag bringt eine ganze Reihe von Veränderungen mit sich - Spanien kann hierfür die Weichen stellen. Es wird hierbei eng mit dem neuen EU-Präsidenten Herman van Rompuy und der Hohen Vertreterin für Außenpolitik Catherine Ashton zusammengearbeitet. Spanien wird maßgeblich an der Etablierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes mitarbeiten.

Der verbesserte rechtliche Rahmen, der durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurde, muss bestimmt, effektiv und in konkretes Handeln umgesetzt werden.

Europäisches Wirtschaftsmodell

Zentrale Aufgaben und Handlungsschwerpunkte ergeben sich aus der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Nach Ansicht Spaniens ist die Europäische Union ein zentraler Akteur bei der Bekämpfung der damit verbundenen Probleme. Für den Zeitraum ihrer Ratspräsidentschaft strebt die spanische Regierung vor allem die Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit an. Dies soll die Überarbeitung der Lissabonstrategie, die das Ziel hatte, die EU zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Markt zu machen, einschließen sowie eine gestärkte wirtschaftliche Strategie verfolgen, um neue Instrumente zur Innovation und vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Ein zentrales Augenmerk ist dabei auf Nachhaltigkeit und die Schaffung einer der innovativsten Märkte zu legen.

Europa sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, ein nachhaltiges und ausbalanciertes Produktionsmodell zu entwickeln, das Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, dies aber nicht auf Kosten der Umwelt und Energieversorgungssicherheit. Weitere Schritte zur Herstellung einer gemeinsamen Energiepolitik will die spanische Ratspräsidentschaft forcieren. Außerdem soll die EU weiterhin eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen.

Soziales Europa

Die spanische Regierung setzt einen weiteren Schwerpunkt auf die Förderung sozialer Rechte und die Gleichstellung von Mann und Frau. Die soziale Dimension der EU soll für die Bürger und Bürgerinnen deutlicher hervorgehoben und die europäischen Grundwerte Freiheit, die Würde des Menschen, Sicherheit und Gerechtigkeit gestärkt werden. Durch diese Initiativen möchte Spanien eine neue Sozialagenda verabschieden.

2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, welches dazu dienen soll, die Solidarität innerhalb Europas sowie mit Völkern in aller Welt herzustellen, beispielsweise in der Unterstützung der ärmsten Länder der Welt durch Entwicklungshilfe.

Europas starke Stimme in der Welt

Als Resultat der sich stetig verändernden Herausforderungen in der Welt sind neue Chancen für die EU entstanden, eine globale Führungsrolle einzunehmen. Um diese Chance wahrnehmen zu können, wird die spanische Regierung darauf hin arbeiten, die Zusammenarbeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken, was nicht zuletzt durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon ermöglicht wird.

Die Zusammenarbeit mit Nachbarn, politischen und wirtschaftlichen Partnern soll ausgebaut werden. Unter anderem soll die Transatlantische Agenda überarbeitet werden und die Beziehungen zu den USA gestärkt werden. In Bezug auf die Nachbarschaftspolitik der EU legt Spanien ein besonderes Augenmerk auf die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Euro-Med) und Bemühungen hin zu einem Assoziierungsabkommen mit Marokko. Weitere Schwerpunkte sind die Zusammenarbeit mit Afrika, Südamerika und Asien. Darüber hinaus unterstützt Spanien einen EU-Beitritt Kroatiens, Islands und auch der Türkei.

Weiterhin steht die Erreichung einer einheitlichen europäischen Einwanderungspolitik auf der spanischen Agenda.



Das Logo der spanischen Ratspräsidentschaft